Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 10 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg. und 20% Teuerungszuschlag. Reklamezeile 6. Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Anzeigenbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". Während des Kriegs nicht. Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen Westfalenstr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 83 — Dienstag, den 8. April 1919 — 47. Jahrgang

Eine Erklärung der bayerischen Regierung.

(W) Ein Erlaß des Ministerpräsidenten Hoffmann erklärt, daß die Regierung Bayerns nicht zurückgetreten ist, sondern weiterhin einzige Inhaberin der höchsten Gewalt bleibt und ihren Sitz von München verlegt.

Wie die N. Z. am Mittag meldet, begab sich der bayrische Ministerpräsident Hoffmann mit denjenigen Mitgliedern der Regierung, die die Räterepublik ablehnen, nach Bamberg in der Absicht, von dort die Geschäfte weiterzuführen und dorthin den Landtag einzuberufen. Zum Schutze der Regierung und des Landtages wird das Bataillon Epp, das sich vor kurzem in Ohrdruf befand, nach Bamberg dirigiert. Man hofft, daß es gelingt, die Macht der neuen Räteregierung auf München und Umgebung zu beschränken.

Franken für die Regierung.

(TU) Gestern nachmittag versuchten auch in Nürnberg die Kommunisten, auf den von München gegebenen Befehl hin, die Ausrufung der Räterepublik zu feiern. Sie wurden aber durch Militärpatrouillen daran verhindert. Auch der Vollzugsausschuß der Bauernräte Mittelfrankens hat sich in einer Entschließung gegen die Räterepublik und für die Unterstützung der Regierung Hoffmann mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ausgesprochen. Der Erlaß des Ministerpräsidenten Hoffmann wurde von dem besonnenen Teil der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen. Das Ministerium Hoffmann hat Nürnberg wieder verlassen und sich nach Bamberg begeben.

Protest gegen die bayerische Räterepublik.

(W) Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und erheben einstimmig Protest gegen die Ausrufung Bayerns zur Räterepublik. In dem Protest heißt es: Bereits am letzten Sonntag, den 6. April, haben auch die Mehrheitssozialisten Bayerns sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Ausrufung einer Räterepublik ausgesprochen. Wir fordern die Beamtenschaft und das gesamte werktätige Volk Bayerns, Arbeiter, Bauern und Bürger auf, sich hinter den vom Volke gewählten Landtag zu stellen. Die gesamte Bevölkerung Nordbayerns und die Presse wird hiermit gewarnt, sich von dem Terror einer verschwindenden Minderheit, vorwiegend von Leuten überwiegend ausländischer Herkunft, einschüchtern zu lassen. Der Augenblick ist so ernst wie noch nie, Bayern hängt über einem Abgrund. Wenn es vor dem Sturz nicht gewarnt wird, dann ist alles verloren. Bayern hat im Innern Brot, Mord, Plünderung und Hungersnot. Ein weitere Folge ist die wirtschaftliche Absperrung Bayerns, durch die ein vollständiges Erliegen unseres wirtschaftlichen Lebens die Stillegung des Eisenbahnverkehrs und ebenso das Ausbleiben der Kohlen- und Lebensmittelzufuhr eintritt. Das Ausland hat erklärt, Beihilfe an ein bolschewistisches Bayern abzulehnen. Eine Hilfe von Rußland und Ungarn ist ausgeschlossen, da diese Länder selbst durch Hungersnot gepeinigt sind. Der Friedensschluß wird verzögert. Unsere vielen Tausend bayerischen Kriegsgefangenen bleiben in der Knechtschaft des Auslandes. Die Euch dieses sagen, sind Eure Landsleute, nicht landfremde Menschen, die von Bayern noch vor wenigen Monaten nichts wußten und deren Schicksal gleichgültig ist.

Der A.- und S.-Rat Nürnberg hat nach mehrstündiger Beratung mit 138 gegen 70 Stimmen die Räterepublik abgelehnt. Ansbach wurde dagegen die Räterepublik ausgerufen. Aus Anlaß des angeordneten Nationalfeiertages ruht die Arbeit. Die Banken sind militärisch besetzt. — Auch in Passau sprach sich eine vom A.- und S.-Rat einberufene Versammlung für die Einführung der Räterepublik und für ein Bündnis mit Ungarn und Rußland aus.

Der revolutionäre Zentralrat an das bayerische Volk.

(W) Der revolutionäre Zentralrat Bayerns veröffentlichte in der gestrigen Morgenausgabe der Münchener Neuesten Nachrichten folgenden Aufruf an das Volk in Bayern: Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herrscher seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und die Bauernschaft Bayerns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten sind, sind durch keine Parteigegensätze mehr getrennt. Sie sind einig, daß von nun an jede Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache wurde, bezweckt die Verwirklichung des wahrhaften sozialistischen Gemeinwesens, worin jeder arbeitende Mensch sich im öffentlichen Leben betätigen soll. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde eines überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium ist zurückgetreten. Die Arbeiterräte, aus Vertrauensmännern geführte Arbeiterräte erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie wird aber unverzüglich ausgerottet. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von innen und außen wird sofort eine Rote Armee gebildet. Das Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker und nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen auf, dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert-Scheidemann-Erzberger-Noske ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistische, kapitalistische und militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen Deutschen Kaiserreiches fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brüder-Völker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit, Gerechtigkeit und für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg, im Ruhrgebiet und in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des Abschiedes vom fluchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das neue Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

Verlängerung des verschärften Belagerungszustandes.

Das Münchener Generalkommando des 1. bayrischen Armeekorps gibt bekannt: Unter heutigem wurde die Räterepublik ausgerufen. Für den Bereich des 1. Armeekorps wird bis auf weiteres der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Zusammenrottungen und Demonstrationen sind streng verboten. Wer tätlich gegen die Vertreter der Räterepublik vorgeht, wer plündert, raubt oder stiehlt, wird erschossen. Der im Korpsbereich des 1. bayrischen Armeekorps verhängte Belagerungszustand und das Standrecht werden nur im Interesse der Sicherheit des Proletariats bis auf weieres aufrecht erhalten. Die Polizeistunde ist auf abends 10 Uhr, an Samstagen und Sonntagen auf abends 11 Uhr festgesetzt. Eine Stunde nach Eintreten der angegebenen Zeit hat alles in seiner Behausung zu sein. Das Recht der Straße gehört der klassenbewußten Arbeiterschaft. Die revolutionären Soldaten, welche den Schutz der Arbeiterklasse übernommen haben, sorgen für die Durchführung dieser Anordnungen.

Die Streiklage im Industriegebiet.

(W) Die Zentralstreikleitung teilt mit: Bis mittags stehen von den Zechen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes 227 Zechen-Anlagen mit 386 400 Bergarbeitern im Generalstreik. Die Lage beim rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, den Essener Straßenbahnen und bei Krupp ist unverändert.

Nach einer Wolffmeldung belief sich die Gesamtzahl der Ausständigen in der gestrigen Frühschicht auf 156 645 gegen 144 883 am Samstag. Die Gesamtzahl der Streikenden von sämtlichen Zechen betrug 268 20, gegen 260 274 am vorhergehenden Tage. In der Zahl der Streikenden besteht nach der Meldung der Streikleitung und des Bergbaulichen Vereins ein Unterschied von über 100 000 Mann. Der Bergbauliche Verein teilte auf Anfrage hierzu mit, daß die von ihm festgestellte Zahl unbedingt zuverlässig sei. Die einzelnen Zechen geben jeden Tag die Sollstärke der Belegschaften in den drei Schichten, die Zahl der Arbeitenden und die Zahl der Ausständigen an. Es werde dabei außerordentlich sorgfältig verfahren, so daß ein Irrtum ausgeschlossen sei. Zum größten Teil sei der Unterschied dadurch zu erklären, daß die Streikleitung die auf den von dem Streik betroffenen Zechen arbeitenden Leute als Streikende gerechnet und dies damit begründe, daß diesen Arbeitern die Erlaubnis zur Vornahme von Notstandsarbeiten erteilt worden sei. Hierzu sei zu bemerken, daß dies nur auf verhältnismäßig wenigen Zechen zutreffen könne. Die Zahl der aus eigenem Antrieb Arbeitenden sei sehr groß sie betrage, abgesehen von den Zechen, die überhaupt nicht am Ausstand beteiligt seien, bei vielen Werken mehrere 100 Mann.

Die allgemeine Verkehrslage

ist unter dem Einfluß des Streiks auf den Zechen äußerst trostlos. Die Förderung ist in der Woche von rund 200 000 To. täglich auf rund 44 600 To. am 3 April zurückgegangen. Demgemäß ist auch die Wagenforderung, die bei dem geringen Bedarf stets voll gedeckt werden konnte, in weiterem Rückgang und zwar von 20 000 auf 6000 am 5. April. Ferner ist die Kippverleistung beim Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen, die sich nach Beendigung des Streiks der Umschlagarbeiter am 28. März wieder auf etwa 25 000 To. gehoben hatte, allmählich auf 1000 To. täglich gesunken. Auch in den Kanalhäfen sieht es traurig aus. Fast alle Häfen sind mit Leerraum vollgestopft, so daß sie größtenteils gesperrt werden mußten. Der geringe Umschlag, der noch in den letzten Tagen erzielt wurde. (etwa 5 00 To gegen 25 000 To. täglich in der vorhergehenden Woche) stammte aus Lagerbeständen. Frische Zufuhren sind nicht zu verzeichnen, da sämtliche an den Kanal angeschlossenen Zechen streiken.

Wegen mangelhafter Wasserhaltung infolge des Streiks ist die tiefste Sohle der Zeche „Franziska" mit Wasser angefüllt. Sie steht unter Wasser.

Bei der Firma Krupp ist der größere Teil der Belegschaften durchaus arbeitswillig und auch zur Arbeit erschienen. Demgegenüber hat das sogenannte revolutionäre Streikkomitee die Firma ersucht, die Werkstätten für die Arbeitswilligen zu schließen, was die Firma ablehnt.

Die Düsseldorfer Generalstreikkommission veranstaltet heute morgen in allen Betrieben eine geheime Abstimmung, ob der Streik fortgesetzt oder abgebrochen werden soll. Im Laufe des heutigen Tages ist im Generalstreik keine Entspannung eingetreten. Sämtliche Buchdrucker beschlossen wegen Lohnforderungen, sofort in den Streik zu treten, so daß die Zeitungen nicht erscheinen können.

In Mülheim

hat sich die Streiklage außerordentlich verschärft, nachdem die Arbeiter der Firma Thyssen, der Friedrich Wilhelm-Hütte und einer großen Reihe von Gerbereien in einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter eingetreten sind. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung hörte gestern nachmittag auf, sodaß die Stadt ohne Licht ist. Theater und Kinos mußten geschlossen werden. Eine Vertreterversammlung sämtlicher Arbeiterorganisationen beschloß gestern, die Notstandsarbeiten nicht mehr auszuführen und proklamierte den Generalstreik. Man fordert die sofortige Entlassung aller politischen Gefangenen und die Auflösung des Freikorps Schulz. Der Straßenbahnverkehr bleibt weiter eingestellt. Auch die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte Mülheim-Speldorf beschlossen mit 599 gegen 81 Stimmen den Eintritt in den Streik.

Der Streik verloren?

Nach der Ansicht eines Arbeiterführers des Ruhrreviers über den Streik der Ruhrbergleute dürfte der Streik als verloren gelten.

In einer gestern in Bochum stattgehabten Vertrauensmännerversammlung der Gewerkvereine christlicher Bergarbeiter rechnete der Abgeordnete Imbusch scharf mit den Streikhetzern ab. Dieser politische Streik, so sagte er, sei nicht das Mittel, die Frage der Schichtzeitverkürzung zu lösen. Imbusch wurde beauftragt, bei der Reichsregierung wegen einer Besserung der Lebensmittelversorgung vorstellig zu werden. Zum Schluß gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Aufnahme der 6-Stundenschicht für Bergleute in den Friedensvertrag und als Uebergangsform die 7-Stundenschicht gefordert wird. Der gegenwärtige politische Streik und der Plan eines Einheitsverbandes wurden mit großer Entschiedenheit verworfen.

Geschlossen zur Arbeit.

Gemäß der ausgegebenen Parole ihrer Führer sind gestern früh die christlich-nationalen Arbeiter und die Mitglieder des Deutschen Arbeiterbundes der Firma Krupp geschlossen zur Arbeitsstätte marschiert und haben sich unter Gewaltanwendung den Weg durch die Fabiktore gebahnt, den die Streikposten besetzt hielten. Es kam dabei zu stürmischen Zwischenfällen und Schlägereien. In einzelnen Betrieben konnte deshalb die Arbeit gestern wieder aufgenommen werden und zwar in solchen, die vom Strom und Dampf unabhängig sind. Elektrizitäts- und Kesselanlagen liegen nach wie vor still. Insgesamt sind gestern etwa 6000 Arbeiter auf den Kruppschen Werken beschäftigt gewesen. Aus verschiedenen Betrieben wurden die Leute wieder herausgeholt.

Generalstreik in Magdeburg.

(TU) Ein großer Demonstrationsstreik ist in Magdeburg ausgebrochen. Die Arbeiter aller großen Fabrikbetriebe haben, veranlaßt durch die Verhaftung des unabhängigen Agitators Brandt, sowie zweier weiterer Mitglieder der unabhängigen Partei am Sonntag nachmittag ihre Tätigkeit eingestellt und wollen bis zur Enthaftung der drei Genossen im Ausstande verharren. Man will unter Umständen auch die Eisenbahn- und Elektrizitätswerke gewaltsam stillegen.

Auf dem Domplatz kam es zu einer Riesenversammlung unter freiem Himmel, an der 8- bis 10 000 Menschen teilgenommen haben mögen. In ihr wurde von mehreren Rednern gegen die Verhaftung von Brandes, der übrigens Mitglied des Exekutivausschusses des A.- und S.-Rates ist, protestiert und mitgeteilt, daß seine Verhaftung erfolgt sei, nachdem das Mitglied der Nationalversammlung, Beims, und andere Mehrheitssozialisten von einer Unterredung mit dem Reichswehrminister Noske aus Berlin zurückgekehrt waren. Es wurde schließlich eine Erklärung angenommen, in der Einspruch gegen die Verhaftung und Verschleppung des Brandes erhoben und betont wird, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden soll, bis die Freilassung der verhafteten Führer erfolgt ist. Wie verlautet, sollen noch weitere Verhaftungen erfolgt sein. Von den Rednern wird erklärt, daß in diesem Falle Mehrheitssozialisten und Unabhängige zusammengehen. Die Demonstranten zogen nach Schluß der Versammlung in geschlossenem Zuge durch die Hauptstraßen der Stadt. Im weiteren Verlaufe des Tages erzwangen die Streikenden die Stillegung des Straßenbahnbetriebes. Der Versuch, auch den Eisenbahnverkehr auszuschalten, ist vorläufig noch nicht gelungen, er wird aber fortgesetzt. Schwere Militärgefangene sind bereits gewaltsam befreit worden.

Minister Landsberg und der kommandierende General verhaftet.

(W) Mitglieder des Wachregiments haben gestern mittag den Reichsjustizminister Landsberg, den kommandierenden General des 4. A.-K. von Kleist und den Hauptmann im Generalstab Freiherrn von Schüchting als Geiseln für die verhafteten Führer der Unabhängigen Brandes und Fenkel festgenommen und unter starker Bedeckung nach der Kaserne Ravensberg gebracht. Auch die Festnahme anderer in der politischen Bewegung stehender Männer aus den Reihen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien ist geplant. Die Haltung der Garnison ist nicht fest. Ein großer Teil sympathisiert mit den Unabhängigen.

Von berufener Stelle wird hierzu mitgeteilt: Gestern morgen ist der Reichsjustizminister Landsberg, der zu einem Privatbesuch in Magdeburg weilte, auf der Straße von Aufständischen festgenommen worden, die dadurch eine Freilassung des Führers der Unabhängigen, Brandes, erzwingen wollten. Die Reichsregierung weiß, daß sie völlig im Sinne Landsbergs handelt, wenn sie auf diese Erpressung nicht eingeht. Sie wird für diese unerhörte Freiheitsberaubung eines Kabinettsmitgliedes und Verletzung der Immunität eines Mitgliedes der Nationalversammlung auf das energischste Rechenschaft fordern und hat bereits Schritte eingeleitet, um den unhaltbaren Zuständen in Magdeburg ein Ende zu machen. Der Vorfall zeigt, daß der Reichswehrminister nur zu Recht hatte, als er am Sonnabend auf die in Magdeburg geplante Militärrevolte hinwies. Die Schuldigen werden ihre Tat schwer zu büßen haben. Ueber Magdeburg ist der Belagerungszustand verhängt und eine ausreichende Truppenmasse wird in Bewegung gesetzt werden.

Das Automobil, in welchem der Minister Landsberg unter Bedeckung mehrerer Aufständischer von Magdeburg nach Braunschweig gebracht werden sollte, ist in Helmstedt durch die Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Polizei angehalten worden. Die Aufständischen wurden entwaffnet. Der Minister hat sich auf die Polizeidirektion begeben.

Magdeburg rüstet.

(TU) In der auf dem Werder gelegenen Zitadelle wurden gestern abend bis spät in die Nacht hinein mehrere Stunden lang fast durchweg neue Gewehre und Munition an die Arbeiter und gewesenen Soldaten wahllos verteilt. Dabei wurde von den Verteilern bemerkt, daß die weitere Munitionsverteilung heute früh 9 Uhr auf dem Domplatz vor sich gehen soll. Es ist nicht unmöglich daß es zwischen Aufständischen und den erwarteten Regierungstruppen, falls diese anrücken, zu Zusammenstößen kommt. Ein sehr großer Teil der aktiven Soldaten ist zu den Aufständischen übergegangen. Zeitweilig fallen Schüsse die wohl nur aus Uebermut abgegeben werden. Truppen durchziehen bis spät in die Nacht hinein die Straßen. Der Belagerungszustand ist verhängt.

Was in Magdeburg geschehen ist,

so wird in der Deutschen Allgemeinen Zeitung gesagt, bedeutet einen unerhörten Ge-

waltakt, der nicht nur gegen die Persönlichkeit des Ministers Landsberg gerichtet, sondern in erster Linie gegen ihn als Mitglied der Regierung gedacht ist. Nach den Gesetzen ist in dieser Tat der Moment des Hochverrats unzweifelhaft gegeben, und es hieße eine unverzeihliche Unterlassungssünde begehen, wollte die Regierung hier nicht mit allen Mitteln durch die energischste Verfolgung und Bestrafung der Tat ihre Autorität wahren. Es geht nicht an, daß die Regierung solche Dinge duldet, die jedem Rechtsleben Hohn sprechen.

Kaiser Wilhelms Abdankung.

„Die Freiheit", das Organ der Unabhängigen veröffentlicht eine Denkschrift des Generalmajors Graf Schulenburg, des Chefs des Generalstabes der Heeresleitung B, die dieser anfangs Dezember 1918 über die Vorgänge vor der Abdankung und der Flucht des Kaisers verfaßt hat. Aus der Denkschrift sei folgendes mitgeteilt: Graf Schulenburg traf am 9. November 1918 in Spaa ein, wo im Generalstab eine niedergedrückte Stimmung herrschte. Er traf dort die Generale von Plessen und Marschall, die ihm sagten, daß Hindenburg und Gröner eben zum Kaiser gefahren seien, um ihm die Notwendigkeit seiner sofortigen Abdankung darzulegen. Es fand nachher eine Konferenz beim Kaiser statt, an der Hindenburg, die Generale von Plessen, Marschall und Gröner, Staatssekretäre von Hintze und Graf Schulenburg teilnahmen. Der Feldmarschall sagte dem Kaiser, daß er ihn um seine Entlassung bitten müßte, da er das, was er zu sagen hätte, als preußischer Offizier seinem Könige nicht sagen könne. Hierauf antwortete der Kaiser: „Das wollen wir erst mal sehen." General Gröner führte darauf in einem längeren Vortrage aus, daß die Lage des Heeres eine verzweifelte sei. In Berlin drohe jeden Augenblick der Bürgerkrieg loszubrechen. Das Heer sei nicht mehr zuverlässig. Es sei ganz ausgeschlossen, in dieser Lage, mit dem Feinde im Rücken, mit dem geschlagenen Heer fertig zu machen und es zum Fürkrieg nach Deutschland zu bringen. Nach seiner und des Feldmarschalls Ansicht läge die einzige Rettung des Vaterlandes in der sofortigen Abdankung des Kaisers. Graf Schulenburg widersprach und meinte, man sollte den Kampf mit den Aufständischen aufnehmen. Auserwählte Führer und ausgesuchte Truppen seien, mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet, zunächst nach Brüssel, Aachen und Köln zu schicken, um die Autorität der Truppe zu wahren. Als Parole würde beim Heere ziehen, daß ihre Schwesterwaffe, die Marine, mit Kriegsgewinnlern und Drückebergern ihm in den Rücken gefallen sei. Zusammenfassend gab Graf Schulenburg sein Urteil dahin ab, nicht der Gewalt weichen, nicht abdanken. Dieser Ansicht schloß sich der Kaiser an und erklärte nicht abdanken zu wollen. Aber ebenso beabsichtige er keinen Bürgerkrieg. Es müßte aber sofort mit ausgesuchten Führern und einer ausgesuchten Truppe Belgiens, Aachen und Köln wiedergewonnen werden. Daran knüpfte sich eine längere Aussprache, in der hauptsächlich General Gröner immer wieder erklärte, daß die Ereignisse schon soweit fortgeschritten seien, daß es zu solchen Entschlüssen zu spät sei. Außerdem sei das Heer nicht mehr zuverlässig. Es stehe nicht mehr hinter dem Kaiser. Darauf richtete der Kaiser die Frage an Gröner, wie er zu dieser Auffassung über die Stimmung im Heere komme und ob er die Oberbefehlshaber und kommandierenden Generale gefragt habe. Er verlangte schließlich von Gröner und dem Feldmarschall in scharfem Tone, schwarz auf weiß ihre Ansichten darzulegen, nachdem sie alle Oberbefehlshaber gefragt hätten. Schließlich schloß die Diskussion mit den Worten des Kaisers: „Sie wollen alle meine Oberbefehlshaber über die Stimmung im Heere befragen. Wenn diese mir melden, daß das Heer nicht mehr zu mir steht, dann bin ich bereit, zu gehen, aber nicht eher." Während die er Zeit waren fortlaufend telephonische Nachrichten vom Reichskanzler eingegangen über den Ernst der Lage in Berlin, die immer wieder die sofortige Abdankungserklärung forderten. Der Kaiser wurde durch diese Meldungen aufs tiefste beeinflußt und war scheinbar entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen. Darauf erklärte Graf Schulenburg, es könne doch höchstens, wenn es absolut notwendig sei, sich um die Abdankung des Deutschen Kaisers handeln, nicht aber um die des Königs von Preußen. Diesen Vorschlägen trat der Kaiser bei.

Hindenburg und die Vorgänge am 9. November.

(W) Die Freiheit hat eine Denkschrift des Generals Graf Schulenburg über die Vorgänge am 9. November in Spaa veröffentlicht. Die darin gegebene Darstellung ist einseitig tendenziös gefärbt und nicht durchweg objektiv zutreffend. Sie enthält sehr wesentliche Irrtümer und Unrichtigkeiten in Bezug auf die Anschauungen und Aeußerungen der beteiligten Persönlichkeiten und beweist, daß der General über die tatsächliche Lage nicht genügend unterrichtet war. Weder ich noch der Erste Generalquartiermeister beabsichtigten, in eine in der gegenwärtigen Zeit höchst unerwünschten Zeitungspolemik einzutreten. Die Ereignisse des Herbstes 1918 sind amtlich in Berichten der Obersten Heeresleitung niedergelegt. Alle irgendwie beteiligten Persönlichkeiten haben Originalberichte aufgestellt, damit späterer Legendenbildung vorgebeugt wird. (gez.) von Hindenburg.

Die Stimmung in Amerika.

In der Schiffahrtszeitung werden Aeußerungen der in Deutschland anwesenden Mitglieder der amerikanischen Lebensmittel-Kommission und der Kommandanten der amerikanischen Lebensmittelschiffe wiedergegeben. Amerika sei fest entschlossen, alles mögliche zu tun, um Deutschland die dringend notwendigen Lebensmittel zuzuführen. Die meisten Schiffe würden nach Hamburg kommen. Voraussichtlich werden aber Oldenburg und Hannover über Bremen versorgt werden. Deutschland brauche die Lebensmittel nicht als Geschenk zu betrachten, da es nach der langen Zeit der Entbehrungen das menschliche Recht auf Versorgung erlangt habe. Man dürfe aber auch in Deutschland nicht vergessen, daß zum Leben auch Arbeit gehöre, und daß deshalb die wilden Streiks aufhören müßten. Amerika werde stark darauf achten, daß die Lebensmittel nicht das Treiben bolschewistischer Arbeitsunlustiger noch begünstigen.

Aus aller Welt.

— **Austern und Zitronen — oder Hemdentuche.** Ein Einkaufsverband hat in der Schweiz 200 000 Meter Hemdentuch zu 3—4 Mk. das Meter gekauft, um der ungeheuren Not des Volkes an Hemden einigermaßen zu begegnen. Haben doch leider schon Tausende, vielleicht Millionen deutscher Frauen und Kinder buchstäblich kein Hemd mehr auf dem Leibe; das ist traurige, aber unumstößliche Tatsache. Der Verband kann aber von den maßgebenden Reichsbehörden die Erlaubnis zur Bezahlung und zur Einfuhr nicht erlangen, trotz aller Bemühungen und Vorstellungen. Hemdentuch wird gewissermaßen als Luxus von den Behörden angesehen!! Dagegen werden Austern und Zitronen millionenweise vom Auslande eingeführt, so daß man selbst in kleinen Städten jetzt beides angeboten bekommt. Die Erlaubnis zur Einfuhr und Bezahlung von Austern und Zitronen ist ohne weiteres erteilt worden. Man erachtet also bei der Regierung Austern und Zitronen für notwendiger für das Volk als Hemdentuch.

— **Der Tabakschmuggel** an der badisch-schweizerischen Grenze, besonders mit Schweizer Stumpen, hat jetzt so überhand genommen, daß die Zollbehörde ihm machtlos gegenübersteht. Bewaffnete Banden in Stärke von 100—200 Mann beherrschen die Zollgrenze. Sie haben den Schmuggel großzügig organisiert. Fast jede Nacht werden viele tausend Sack zu je 20 Päckchen Schweizer Stumpen über die Zollgrenze nach Baden geschafft. Die Zollorgane müssen beim Herannahen der Banden verschwinden, wollen sie nicht niedergeschossen sein. Für das Reich entstanden in den letzten Wochen durch diese gewaltigen Zollhinterziehungen große Verluste und man rechnet mit nahezu einer Million Mark. Diese Summe fließt in die Taschen der Schmuggler, von denen jeder bei einem Gang 400—500 Mark verdient. — Der Schmuggel mit Schweizer Stumpen ist auch leicht erklärlich, wenn man in Betracht zieht, daß der Zoll für ein Paket 18—20 Mk. beträgt, während in Friedenszeiten ein solcher Pack für 2—2,50 Mk. verkauft worden ist.

— **Drohende Vernichtung der Wild-Bestände.** Die Reviere des Harzes, des Sollinas sowie des Weserberglandes werden seit Monaten derart von Wilderern, meistens in Matrosen- und Soldatenuniform heimgesucht, daß den Wildbeständen die völlige Vernichtung droht. Das Wild wird von den Dieben im Schleichhandel vertrieben. Die Wilderer erscheinen in Scharen von 8 bis 12 Mann und eröffnen auf Förster, die sich sehen lassen, regelrechte Feuergefechte.

— **Ein schwer bestrafter Fischräuber.** In Niederitz sind zwei Fischräuber, die mit Handgranaten operierten, durch vorzeitige Explosion einer Granate schwer bestraft worden. Einer von den Räubern wurde auf der Stelle getötet, dem anderen eine Hand weggerissen.

— **Ein großer Banknotendiebstahl** in der Reichsdruckerei, der an den vor vielen Jahren begangenen Diebstahl des Faktors Grünthal erinnert, hat nach langwierigen Ermittelungen der Kriminalpolizei seine Aufklärung gefunden. Es ist der Polizei jetzt gelungen, die Diebe, zwei frühere Angestellte der Reichsdruckerei, zu ermitteln und von den gestohlenen 400 000 Mark Papiergeld wieder 328 000 Mark herbeizuschaffen. Als Täter wurden die Maschinenmeister Wilhelm Peska und Theodor Palezki entlarvt.

— **Ein Protestumzug** fand in Schiebelbein statt. Der Gutsbesitzer Karbe wurde bei einem Versuch, mit 70 bewaffneten Dorfleuten den Umzug zu verhindern, erstochen. Landrat von der Goltz hat sein Amt niedergelegt.

— **Ein neues Ferngeschütz.** Nach einer Meldung aus Neuyork hat der amerikanische Physikprofessor Goddard vom Clark-College ein neues Geschütz konstruiert, das 200 Kilometer weit schießen soll.

— **136 Pferde erschwindelt.** Beim 2. Schweren Reiter-Regiment in Landshut verlangten zwei Zivilpersonen unter Vorlage eines vom Bayerischen Bauernrat ausgestellten Ausweises 136 Pferde aus dem Bestande des Regiments. Die Pferde wurden ihnen auch ausgeliefert, die Abbeförderung erfolgte mit der Bahn. Kurz darauf aber stellte sich heraus, daß man es mit einem Schwindel zu tun hatte. Es wurden sofort die nötigen Maßnahmen zur Rückerlangung der Pferde getroffen, mit dem Erfolg, daß sämtliche Pferde im Laufe der nächsten Tage wieder in Landshut eintreffen dürften.

— **Der richtige Esel.** Ein Reisender, der sieht, daß sein Koffer noch auf dem Bahnsteig steht, während sich der Zug bereits in Bewegung setzt, schreit den Hotelportier an: „Warum haben Sie meinen Koffer nicht ins Abteil getragen, alter Esel!" — „Selber Esel!" ruft der Portier zurück. „Ihr Koffer hat mehr Verstand als Sie. Sie sitzen nämlich im falschen Zug!"

Die Gefahren des Pasteurisierens und Konservierens.

Ein Arzt des Waisenhauses Berlin-Rummelsburg berichtet über zahlreiche Erkrankungen an Kindermorbut innerhalb dieser Anstalt. Die Kinder waren vorschriftsmäßig mit Milchkartoffelbrei und Gemüse ernährt worden, aber — die Milch war pasteurisiert, das Gemüse fabrikmäßig hergestelltes Trockengemüse. Die Milch war also zweimal auf 80 bis 100 Grad erhitzt, das Gemüse gleichfalls hoher Temperatur ausgesetzt worden. Dabei waren die „Vitamine", gewisse eiweißähnliche Verbindungen, die der Körper zur Erhaltung seines Betriebsgleichgewichts braucht, abgetötet worden. Infolgedessen trat der Skorbut auf, der also eine Störungskrankheit ist wie die Beriberikrankheit, der die Inder anheimfallen, wenn sie sich von poliertem (enthülstem, also vitaminfreiem) Reis ernähren. Der Beweis war damit geliefert, daß der Rummelsburger Kinderskorbut sofort nachließ oder schwand, als statt der pasteurisierten Milch oder des Trockengemüses beide Dinge in frischem Zustand verwendet wurden.

Also sind pasteurisierte, konservierte oder kondensierte Milch und heiß getrocknete oder einkonservierte Gemüse kein vollwertiger Ersatz der frischen Produkte. Die Wertherabminderung, die das Einkochen oder Trocknen zur Folge hat, wird übrigens noch verstärkt durch das „Abbrühen": bei äußerer Verschönerung tritt ein starker Verlust an Mineralsalzen ein, die der Körper braucht. Man muß also erst einmal feststellen, wie hoch man erhitzen darf, um zwar die schädlichen Kleinlebewesen abtöten, aber die Vitamine ungeschädigt zu erhalten. Die Beobachtung der sich ergebenden Vorschrift wird im Kleinhaushalt nicht leicht sein!

Natürlich soll nun nicht etwa vor dem Konservieren gewarnt werden. Es werden damit immerhin riesige Nahrungsmittelmengen aus der Zeit der Fülle in die des Mangels hinübergerettet. Aber sie sind kein unbedenklicher Ersatz! Man muß ihnen frische unpräparierte Nahrungsmittel zusetzen, um sie ohne Gefahr mit ihrem ganzen Kalorienwert dem Stoffwechselkreislauf einverleiben zu können, z. B. macht der Genuß frischen Obstes konservierte Nahrungsmittel bekömmlicher. (Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, Berlin.)

Westfalen und Rheinland.

** Münster, 2. April. Das Westfälische Freiwilligenkorps (Lichtschlag), zur Zeit in Düsseldorf, äußert sich zur Sache: „Bürgertum und Freiwilligenverbände" u. a.: Die Angst und die Gleichgültigkeit der Bürger und Bauern ist das Prinzip der Revolution gewesen. Sie beherrscht auch ihre Haltung zu den Freiwilligenverbänden. Zerfleischt durch die blinde Anarchie im Innern, bedroht durch die Feinde an allen Grenzen, war das Vaterland in seiner äußersten Not und Schmach ohne Hilfe. Das alte Heer war unterwühlt, zerbrochen. Es galt, ein Machtmittel für die Regierung zu schaffen, einen zuverlässigen Truppenkörper zum Schutz gegen Aufruhr und Landesfeinde. Einen Damm kann einzig der Schutz von Recht und Ordnung durch die Macht bilden, der Eintritt in die Freiwilligenverbände, und die entschlossene Beteiligung an den Volkswehren der Kommunen. Es ist bisher nicht geschehen. Bürger und Bauern stellen keinen Machtfaktor dar, auf den die Regierung sich stützen könnte oder mit dem sie rechnen müßte, und entsprechend werden sie behandelt. Alle Freiwilligenverbände haben sich vorbehaltlos auf den Boden der Regierung gestellt. Nur durch entschlossenen Einsatz ist der wirtschaftliche Umsturz durch eine Minderheit, ist Herstellung von Ordnung und Sicherheit möglich.

Münster, 2. April. **Eine Schwurgerichtsperiode**, die sich in der Hauptsache mit der Aburteilung von Raubanfällen und Diebstählen in ländlichen Bezirken zu befassen hat, begann hier Montag. Angeklagt sind der Seemann Wilhelm Lübbers aus Bocholt, der 20jährige Kutscher Heinrich Stockhorst aus Stauern bei Bocholt und der Erdarbeiter Josef Gerresheim aus Bocholt. Als Zeugen treten der Beraubte und der durch die Angeklagten verwundete Landwirt Bolwerk aus Liedern bei Bocholt sowie Angehörige und Bedienstete auf. Die Geschworenen bejahten die Frage nach vollendetem Raub. Das Urteil lautete wegen schweren Raubes bei Lübbers auf 5 Jahre, bei Stockhorst auf 4 Jahre Gefängnis und bei Gerresheim wegen Beihilfe zum Diebstahl auf 1 Jahr Gefängnis.

** Minden, 4. April. **In die Bataillonskammer** des hiesigen Hannoverschen Pionierbataillons Nr. 10 ist eingebrochen worden. 60 Anzüge verschwanden. Als Täter wurde der Bataillons-Kammerunteroffizier ermittelt. Die Anzüge waren säuberlich in Kisten verpackt im Pontonwagenhaus versteckt. Der Dieb wurde dem Militärgewahrsam zugeführt.

Köln, 5. April. **(Die britische Behörde und Lohnstreitigkeiten.)** Wie die Rheinische Zeitung" mitteilt, hat der Direktor der Rheinischen Wasserwerks-Gesellschaft in Köln-Bingerhof Fritzheim, wegen Lohnstreitigkeiten mit den Arbeitern des Werkes das Einschreiten der britischen Behörde angerufen. Das sozialdemokratische Blatt bemerkt dazu: „Wir stehen hier vor der Tatsache, daß für einen deutschen Unternehmer und Kölner Stadtverordneten die deutschen Behörden, von den gewerkschaftlichen Organisationen ganz zu schweigen, überhaupt nicht existieren. Er sieht nur noch englische Bajonette. Wir müssen zur Ehre der britischen Besatzungsbehörde anerkennen, daß sie sich in der Frage durchaus korrekt benommen und dem deutschen Unternehmer zu Verhandlungen geraten hat; sie sei nicht dazu da, um in Lohndifferenzen einzugreifen, sondern um die Ruhe und die Ordnung aufrechtzuerhalten."

Frankfurt a. M., 5. April. **(Was an der Portion Tee verdient wird,** wurde auf einer Nachversammlung der weiblichen Gastwirtsangestellten enthüllt. In einem Hotel wird für eine Portion Tee 3 Mk. verlangt. Für das Pfund Tee zahlt die Hotelleitung im Schleichwege 17 Mk. Von einem Pfund Tee werden 640 Portionen Tee hergestellt, und zwar so, daß die abgekochten Teeblätter in einer Röhre getrocknet und mit einem halben Pfund frischen Tee gemischt, wieder benützt werden. Aus einem Pfund Tee von 17 Mk. vereinnahme der Hotelier also nicht weniger als 1920 Mk. (Die Ersatzkaffeeausnutzung hat verhältnismäßig noch größere Ausmaße.)

Die geborene Krause.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

33. Fortsetzung.

Als er sie ihrem Tänzer freigeben mußte, atmete sie tief auf; sie sah ihn nicht an, während er ein Dankeswort sprach.

Carina Woldeck, die Generalin, trat ihm da in den Weg. „Ah, lieber Graf, auch Sie huldigen dem Tanzsport? Ich muß gestehen, ich habe nicht viel dafür über. Es scheint so sinn-, so geistlos dieses Herumwirbeln im Kreise — nichts für gereifte, ältere Menschen."

Er lächelte ein verbindliches Lächeln.

„Aeltere? Und dieses Wort wenden Exzellenz bei sich an?"

Sie zuckte die Achseln.

„Je nun — wenn man nach seinen Erfahrungen rechnet — seit zwei Jahren bin ich Witwe." Durch eine einladende Handbewegung forderte sie ihn auf, neben ihr Platz zu nehmen, und er mußte ihrem Gebote folgen. Es reizte sie, ein wenig mit ihm zu flirten, schon darum, seine junge Frau, die „geborene Krause", zu ärgern. Außerdem gefiel er ihr in seiner blonden ernsten Männlichkeit. Und er durfte der Schwester seines Obersten wirklich nicht so ungezogen begegnen, wie seine Frau es sich herausgenommen.

„Ein schweres, bedauernswertes Geschick, das Exzellenz in so jungen Jahren auferlegt worden ist!" entgegnete er in höflicher Teilnahme.

„Man muß sich damit abfinden. So gut wie Sie freilich hat es nicht ein jeder — Sie, der Sie noch im Honigmond sind." Die Liderlagen halb über ihren schmalen Augen, während sie ihn fixierte. „Uebrigens, Ihre junge Gattin ist von einer beneidenswerten Frische und Urwüchsigkeit, ich beglückwünsche Sie dazu." Sie zog die sehr roten Lippen von den Zähnen, ein Lächeln damit andeutend. „Fürst Ellringen scheint ganz entzückt! Sie sind nicht eifersüchtig, lieber Graf? Man sieht ihr nicht an, daß sie aus dem Bauernstande stammt, wie sie mir vorhin erzählt hat — was war sie doch für eine Geborene? Sie nannte mir den Namen, ich hab ihn vergessen."

Er wurde dunkelrot vor Zorn über ihre anzügliche Art, mußte aber doch höflich bleiben.

„Meine Frau hieß Rosemarie Krause, Exzellenz, sagte er steif und grollend.

„So, so — ach ja."

Die Exzellenz lehnte sich in ihren Sessel zurück; ihre langfingrigen blassen Hände spielten mit den großen dunkellila- und gelbfarbigem sammetnen Stiefmütterchen aus dem Ausschnitt ihres mattlila Kleides.

Mit schrägen Blicken sah sie ihn an. „Sie sind jedenfalls sehr glücklich, Graf, im Besitze einer so originellen Frau, die so erfrischend wirkt. Man meint, die kräftige Landluft in ihrer Nähe zu spüren. Mich interessieren junge Ehepaare und gleichzeitig rühren sie mich da sie noch so voller Illusionen sind, die das Leben nachher doch so nach und nach abblättert." Sie seufzte leise und kokett.

„Warum sagen Sie mir das, Exzellenz?"

Sie beugte sich gegen ihn und lächelte ihn geheimnisvoll an. „Das werde ich Ihnen später verraten, lieber Graf, jetzt nicht. O, weshalb blicken Sie so finster?" und scherzend schlug sie mit ihrem Fächer auf seine Schulter.

In diesem Augenblick ging Rosemarie an dem Platz der beiden vorüber. Sie sah den Gatten in anscheinend vertrauter Unterhaltung mit der Frau, die ihr gegenüber so ganz die Erfordernisse des Taktes und einer guten Erziehung beiseite gelassen.

Ein feindseliges Gefühl quoll in ihr auf. So viel Ritterlichkeit mußte er doch besitzen, um die Generalin, die sich so gegen sie benommen, zu meiden!

Und auf der Fahrt nach Hause blieb sie verschlossen und wortkarg, obwohl er ihr seine Empörung über Frau von Woldecks Verhalten aussprach.

Sie verzog den Mund zu einem Lächeln. „Und dennoch läßt du dir von ihr den Hof machen!" dachte sie in bitterem Spott. „bist ihr nicht aus dem Wege gegangen!" Am liebsten hätte sie ihm das gesagt; aber möglicherweise hätte er Schlüsse daraus gezogen, die ihr nicht angenehm gewesen wären. Sollte er etwa gar Grund haben, zu denken, sie sei eifersüchtig?

„Ach, lasse nur! Es lohnt sich nicht, daß du dich darüber alterierst!" Sie betonte das „Du". „Sprechen wir nicht weiter darüber! Ich wehre mich schon allein und bedarf wirklich keiner nachträglichen Versicherungen. Im übrigen habe ich mich heute abend sehr gut unterhalten!"

*

„Dann kann ich auch nicht helfen, wenn du das nicht einsehen willst. Ich brauche eben etwas Zerstreuung und Ablenkung. Mein Gott, Eliane, so höre doch auf zu weinen, das ist ja unerträglich."

Mit einer verzweifelten Gebärde fuhr Hans Busso von Laubenberg an seinen Kopf und blieb vor seiner Frau stehen, die mit dick verweintem Gesicht auf einem Diwan lag und trotz der warmen Sommerluft, die durch die weit offenen Fenster ins Zimmer strömte, mit einer wattierten, rotseidenen Decke zugedeckt war.

„Wenn ich mich so elend fühle, darf ich wirklich beanspruchen, daß du bei mir bleibst und nicht jede Woche zu deinem Vergnügen nach Berlin fährst."

„Du wirst mir doch erlauben, daß ich ab und zu meine Freunde besuche oder mich mit ihnen treffe! Ich nehme schon so viel Rücksicht auf dich, sie nicht einzuladen."

„Natürlich! Deine Freunde gehen deiner Frau vor, das habe ich schon lange gemerkt!" sagte sie mit weinerlicher Stimme.

Er zuckte die Achseln, streckte die Hände in die Taschen seines hellen Beinkleides, und pfiff: „Kind, du kannst tanzen wie meine Frau". Es war, als lohne es sich nicht, Eliane noch eine Antwort zu geben.

„So lasse doch das Pfeifen — du weißt, wie nervös ich bin."

„Ja, leider habe ich das in letzter Zeit genügend kennen gelernt. Du brauchst das wirklich nicht besonders zu betonen."

Die junge Frau, die viel von ihrem zarten mädchenhaften Aussehen verloren hatte, wühlte ihr Gesicht tief in die seidenen Kissen, um lautes Schluchzen zu unterdrücken. Mit einem bösen Blick sah Hans Busso auf sie herab und verließ, ohne ein Wort zu sagen, das Zimmer, indem er krachend die Tür hinter sich zuwarf.

Eliane richtete sich auf, strich über das verwühlte blonde Haar und betupfte ihre verweinten Augen mit dem Taschentuch. Ärgelte ihr Zwicker, die ihr beim Aufstehen behilflich sein mußte.

„Wollen Frau Gräfin nicht auf die Terrasse oder in den Park gehen? Es ist so warm und schön — man sieht das zierliche, hübsche Ding ganz mütig. Es sah, daß es einmal wieder Streit gegeben hatte; doch war das ja nichts Neues mehr. Die Jungfer bereitete ihrer Herrin ein bequemes Lager, brachte auf einem fahrbaren Tischchen einige Erfrischungen, nachdem sie die Rollschutzwand so gestellt, daß die Strahlen der Nachmittagssonne die junge Frau nicht belästigten.

Mit großen, abwesenden Augen blickte Eliane in das dichte dunkle Grün der Bäume, in das wolkenlose, tiefe, seidige Blau des Himmels. Ach, sie empfand den stillen Frieden und die Schönheit dieses Sommertages nicht. Ihr war alles wund und weh; ihre zarte empfindsame Seele wurde täglich durch Hans Bussos Rücksichtslosigkeit verletzt und gekränkt. Ein etwas leidender Zustand erheischte Schonung. Tagelang ließ er sie dennoch allein, kümmerte sich nicht um sie. Ach, aus dem ritterlichen, werbenden Verlobten hatte sich bald ein rücksichtsloser, brutaler Ehemann entwickelt, Gott, den sie anbetet, als ein sehr trotziger Mensch entpuppt.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Par[illegible]sammlung der Deutschen Volkspartei.

Hamm, 8. April. Die Deutsche Volkspartei Hamm hatte zu Samstag abend ihre Mitglieder und Freunde zu einer Partei-Versammlung im Bergheimschen Saale eingeladen. Zahlreich war man dem Rufe gefolgt. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Altena, begrüßte die Erschienenen, um dann dem Redner des Abends, dem Landtagsabgeordneten Dr. Bölitz-Soest, das Wort zu einem Vortrage über „Die Frage der Westdeutschen Republik" zu erteilen. Dieser gab zunächst in großen Zügen einen Ueberblick über die bisherigen Arbeiten der Preußischen Landesversammlung und wandte sich dabei gegen den Vorwurf, daß „viel geredet, aber wenig gehandelt" werde. Dieser Tadel sei nur zu einem kleinen Teil berechtigt. Der Landtag habe schon so manche Arbeiten geleistet, die dann der Redner näher beleuchtete unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Deutschen Volkspartei zu den einzelnen politischen Fragen. Von besonderem Interesse waren dabei seine Mitteilungen über die Bildung der Regierung, in die schließlich zu den Mehrheitssozialisten und Demokraten, welche zusammen nur über eine Zufallsmehrheit von acht verfügten, noch das Zentrum trat. An die Deutsche Volkspartei sei man offiziell nicht, wohl aber hinten herum herangetreten, um sie zur Uebernahme eines Fachministeriums zu bewegen. Der so gebildeten neuen Regierung glaubte Dr. Bölitz kein langes Leben voraussagen zu können bei den grundverschiedenen Auffassungen des Zentrums und der Sozialdemokratie in ausschlaggebenden politischen Fragen (Schulfrage!). Eingehend verweilte er dann bei dem Beschluß, sämtliche Rechte des ehemaligen Königs von Preußen an das neue Ministerium zu übertragen und bedauerte dabei besonders, daß das Recht des summus episcopus fehlt, und zwar auf Antrag der Demokratischen Partei, auf drei preußische Minister evangelischen Glaubens übertragen worden ist. Der Vortragende erblickte darin eine Gefahr für die evangelische Landeskirche und sprach die Erwartung aus, daß dieser Beschluß noch geändert und das Recht des obersten Landesbischofs der obersten evangelischen Kirchenbehörde zugesprochen werden möchte. Uebergehend dann zu der Frage der Errichtung einer Westdeutschen Republik, schilderte er zunächst die parlamentarische Behandlung dieser Frage, dann die historische Entwicklung der Bewegung und schließlich die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei dazu. Bei dem Zusammentritt der Preußischen Landesversammlung sei man durch die Mitteilungen der rheinischen Abgeordneten überrascht worden. Die meisten Abgeordneten hätten die Frage lange nicht für so brennend gehalten, wie sie jetzt geschildert wurde. Eingehende Verhandlungen fanden statt, erst in Kommissionssitzungen, dann im Plenum, wo schließlich eine Resolution gegen die Losreißung deutscher Bestandteile von Deutschland einstimmige Annahme fand, dagegen eine zweite Resolution, die sich gegen Preußens Zerstückelung aussprach, gegen das Zentrum, das Stimmenthaltung übte, angenommen wurde. Das Zentrum habe sich, wie im einzelnen geschildert wurde, dabei einer geschickten Taktik befleißigt und seine Karten nicht völlig aufgedeckt. Ausführlich wurden uns dann die einzelnen Phasen in der Entwicklung dieser Bewegung vor Augen geführt, ausgehend vom 9. November 1918, an welchem Tage zum ersten Male eine Abordnung Kölner Zentrumsleute bei dem Kölner Oberbürgermeister erschien, um diesen für den Plan einer rheinisch-westfälischen Republik zu erwärmen; bis zu den Märztagen, kurz vor dem Zusammentritt der Preußischen Landesversammlung, wo das Zentrum im Einvernehmen mit der britischen Besatzungsbehörde eine Volksabstimmung herbeiführen wollte. Der fruchtbare Boden, den diese Bewegung gefunden habe, die durchaus noch nicht abgeschlossen sei trotz der Resolutionen in der Landesversammlung, sei vorbereitet worden durch den vom Osten drohenden Bolschewismus, durch die bekannte preußische Verfassungsdenkschrift, durch Baldicks Auslassungen und vor allem durch die Bedrückungen, die die Bevölkerung des besetzten Gebietes durch das Besatzungsheer erleide. Die Befürworter der Lostrennungsidee handelten teils aus nationalen Gefühlen, indem sie glauben, durch Errichtung eines selbständigen Pufferstaates den Annektionsgelüsten Frankreichs zu begegnen, teils aus weniger schönen Motiven. Für die Deutsche Volkspartei sei der Weg klar vorgezeichnet: Nur ein starkes Preußen verbürge ein starkes Deutschland, deshalb keine Zerstückelung Preußens und keine Errichtung von kleinen Randstaaten, die noch stets ein Opfer gieriger Nachbarn geworden sind. — Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil, und eine Entschließung, in welcher entschieden Protest eingelegt wurde gegen alle Bestrebungen zur Gründung einer Westdeutschen Republik fand einstimmige Annahme. Diese Entschließung soll den zuständigen Reichsbehörden übermittelt werden.

*

Kamen, 8. April. **(Verschiedenes.)** Die Handelskammer Dortmund sprach sich auf eine Anfrage des Magistrats der Stadt Dortmund gegen die Abhaltung von Jahrmärkten aus.

Die Handelsschule Kamen erfreut sich in allen Kreisen der Bürgerschaft größter Sympathien, ein Beweis dafür möge die ständig steigende Schülerzahl sein. Daraus ist aber auch ersichtlich, daß die vom Verein für Handel und Gewerbe begründete Anstalt einem dringenden Bedürfnis entsprach. In der Zukunft wird es mehr denn je darauf ankommen, daß einer, der sich um eine Stellung bewirbt über umfassende Kenntnisse auf allen einschlägigen Gebieten des Handels und Gewerbes und des kaufmännischen Bürodienstes verfügt. Müssen in Kürze, diese Worte werden gerade in der Zukunft die rechte Bedeutung erlangen. Deshalb sei allen Eltern und Lehrbefohlenen dringend geraten, ihre Söhne, Tochter und Hilfsarbeiter etwa in die Handelsschule zu schicken, damit auch sie für die freie Bahn des Tüchtigen gerüstet werden. Aber auch denjenigen, die ihr bisheriges Wissen erweitern oder Frauen die sich für das Geschäft und in Unterstützung ihres Mannes kaufmännische Kenntnisse aneignen wollen, ist der Besuch der Anstalt empfohlen. Nähere Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt bis zum 15. April entgegen der Leiter, Herr Lehrer Tüllmann, Westfalenstraße 86.

(Verringerte Gasabgabe) Der Streit um seinen Lebensunterhalt hat jetzt die Verwaltung des städtischen Gas- und Wasserwerkes veranlaßt, bis auf weiteres die Gasabgabe von 7 Uhr morgens bis auf weiteres die Gasabgabe von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends einzustellen. Wir wir nur wünschen können, daß er bald wieder aufgehoben werden kann. Werden doch alle Mittel- und Kleinbetriebe unserer Stadt, die auf den Gasbetrieb angewiesen sind, durch diese Maßnahme lahmgelegt und die Angestellten zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Wir haben uns deshalb an die Stadtverwaltung gewandt, um zu erreichen, daß wenigstens das Betriebsgas freigegeben würde. Es wurde uns aber erklärt, daß die Gasanstalt keine Kohlen mehr besitze und nur bis Mitte der Woche noch Gas abzugeben habe. Die Bürgerschaft wird deshalb damit rechnen müssen, daß in kurzer Zeit die Straßenbeleuchtung überhaupt eingestellt werden muß, damit würde auch die Straßenbeleuchtung fortfallen, allgemeine Unsicherheit die Folge sein und für das Raub- und Liebesgesindel der Weizen blühen. Die Folgen sind unübersehbar und derart weittragend, daß man nur wünschen kann, daß es bald wieder anders werde.

Der Regierungspräsident in Arnsberg hat folgende Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zugelassen: Für den letzten Sonntag vor Ostern und Pfingsten sowie den letzten und vorletzten Sonntag vor Weihnachten ist für alle Geschäftszweige eine Beschäftigung bis zu acht Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus, gestattet. Für alle Sonn- und Festtage ist, vorläufig widerruflich, bei nachgewiesenem Bedürfnis, ein Geschäftsbetrieb bis zu zwei Stunden (nicht nach 1 Uhr mittags) zugelassen für Zeitungsbeförderung, Handel mit Milch, Handel mit Frischobst, Verkauf von Back- und Konditorwaren, sowie Handel mit Blumen und Kränzen. Die Stunden sind von der Polizeibehörde festzusetzen.

Das Reichsernährungsministerium in Berlin teilt unter dem 2. d. Mts. folgendes mit: **Auslandslebensmittel** sollen grundsätzlich auf die ganze Bevölkerung verteilt werden. Lediglich aus ersten für allgemeine Verteilung unzureichenden Sendungen erhalten Städte über 50 000 Einwohnern und Industriegemeinden, letztere ohne Rücksicht auf ihre Bevölkerungszahl, vorzugsweise Belieferung.

(An die Hausfrauen!) Durch die Beeinträchtigung der Bergung der Rübenernte im Spätherbst 1918, durch den infolge der Umwälzung und des Waffenstillstandes (Verkehrserschwerungen, Arbeiter-Schwierigkeiten, Kohlenmangel usw.), sowie des zum Teil durch Erfrieren der Rüben herbeigeführten geringen Zuckergehalts der Rüben eingetretenen Rückgang der Zuckergewinnung und durch den Ausfall eines großen Teils der Posenschen Zuckerrübenernte ist große Zuckerknappheit eingetreten. Es wird daher eine Zuweisung von Einmachzucker in diesem Jahr voraussichtlich nicht stattfinden können, möglicherweise jedoch eine Herabsetzung der Kopfrationen in den kommenden Monaten in Frage kommen. Deshalb werden den Haushaltungen Ersparungen dringend zu empfehlen sein.

(Höchstpreise für Kohlen.) Der Reichswirtschaftsminister hat Höchstpreise für Kohlen festgesetzt, um die vom rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat beschlossenen Kohlenpreiserhöhungen unmöglich zu machen. Die festgesetzten Höchstpreise entsprechen den am 31. März in Geltung gewesenen Verkaufspreisen des Syndikats und gelten vom 1. April 1919 ab. Die endgültige Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen.

Der Detaillistenverband von Rheinland und Westfalen hat die Handelskammer Dortmund um Stellungnahme gegen die Auffassung des Deutschen Städtetages, wonach **Schadenersatzforderungen infolge von Plünderungen gegen die Gemeinden grundsätzlich abgelehnt** werden, da durch die Revolution die öffentliche Gewalt vollständig erschüttert worden sei und die Städte nicht mehr die Macht hätten, Tumulte und deren Wirkungen zu verhindern. Die Kammer erachtet die Auffassung des Städtetages als nicht haltbar.

(Besitzwechsel.) Herr Franz Brinkmann kaufte das Haus Westfalenstraße 81 zum Preise von 13 000 Mk. von den Erben Trompeter in Dortmund. — Das Haus des Bürovorstehers Ebbers, Unnaerstraße 142, ging durch Kauf in einen anderen Besitz über. Als Kaufpreis wird hier die Summe von 20 000 Mk. genannt.

× **Bergkamen**, 8. April. **Zum Polizeikommissar befördert** und zum Leiter der neugeschaffenen Polizeistation in Bergkamen wurde Polizeiwachtmeister Schütze ernannt.

Westick, 8. April. **Aus Unvorsichtigkeit** wurde am 4. April von einem Regierungssoldaten dem Fuhrunternehmer Albert Holzhauer von hier ein wertvolles Pferd erschossen.

Asseln, 7. April. **(Auf den Personenzug geworfen.)** Am 2. April, abends 7.23 Uhr, ist in Asseln neben der Zeche Holstein von der Südseite mit Steinen auf den nach Dortmund-Süd fahrenden Personenzug Nr. 480 geworfen worden. Zwei Fensterscheiben sind zertrümmert und der Reisende Stephan Rapriodi aus Langendreer ist verletzt worden.

Asseln, 7. April. **Aus der Windmühle:** Kraak in Asseln wurde eine Menge Brotkorn gestohlen.

Asseln, 7. April. **(Viehdiebstähle.)** In der Nacht vom 27. zum 28. März sind dem Bahnbeamten Gustav Hüning in Asseln, Hermannstraße, mittels Einbruchs ein Schwein (Ferkel) und 3 Kaninchen im Werte von 400 Mark aus dem Stalle gestohlen worden. — In der Nacht vom 31. März zum 1. April 1919 sind der Frau Witwe Ribbert in Asseln, Kirchstraße 211, zwei Schweine im Werte von 600 Mark aus dem Stalle gestohlen worden. Beide Schweine sind im Stalle abgeschlachtet worden. Um in den Stall zu gelangen, haben die Diebe in der Wand ein Loch gebrochen. Ferner sind der Witwe Ribbert 150 Pfund Weizen entwendet und 30 Hühner im Werte von 600 Mark im Stalle abgeschlachtet worden. Das Fleisch der Hühner ist zurück geblieben, weil Frau Ribbert hinzukam und das Licht auf der Tenne anorgte.

*

Verschärfter Belagerungszustand für Dortmund usw.

Kamen, 8. April. Mit Genehmigung der Reichsregierung hat der kommandierende General des 7. Armeekorps für das Gebiet Hörde (Stadt und Land), Dortmund (Stadt und Land), Bochum (Stadt und Land), Gelsenkirchen (Stadt und Land), Herne und Wanne vorläufig den verschärften Belagerungszustand verhängt. Damit geht die vollziehende Gewalt auf den kommandierenden General des 7. Armeekorps, Generalleutnant Frhr. v. Watter über. Die Exekutive ist dem Generalleutnant v. Bergmann übertragen. U. a. wird zur Untersuchung und Aburteilung der im § 4 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches vom 31. Mai 1870 und der §§ 9 und 10 des preuß. Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 genannten Verbrechen und Vergehen ein Kriegsgericht in Essen und Münster eingesetzt, das sofort in Kraft tritt. Bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 10 Personen und bei Tag und Nacht keine größere Versammlung auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden. Alle Fremden, die sich über den Zweck ihres Aufenthaltes nicht gehörig ausweisen können, haben den in Kriegszustand erklärten Bezirk bei Vermeidung der Ausweisung und Bestrafung binnen 24 Stunden zu verlassen. Versammlungen bei Nacht sind gänzlich verboten. Versammlungen in geschlossenen Räumen zu anderen als rein geselligen und kirchlichen Zwecken bedürfen der Genehmigung des örtlichen Militärbefehlshabers.

Nach Art. 4 sind sämtliche Schankstätten abends 8 Uhr zu schließen, doch ist als Erleichterung gestattet, daß es bis auf weiteres bei der bisherigen Polizeistunde verbleibt. Desgleichen bleiben die Bestimmungen, daß alle politischen Zwecken oder der Besprechung politischer Angelegenheiten dienenden Vereine und Vereinigungen geschlossen werden und der Aufenthalt auf Straßen und öffentlichen Plätzen nach 10 Uhr abends verboten ist, zunächst außer Kraft.

*

Kirchhörde, 7. April. **(Aufhebung der durchgehenden Arbeitszeit.)** Seit dem 1. März d. Js. besteht im Amtshause Kirchhörde zu Hombruch die durchgehende Arbeitszeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Diese Einrichtung hat sich nicht bewährt; besonders ist das Publikum nicht in der Lage, in den bezeichneten Stunden seine Verrichtungen beim Amte bewerkstelligen zu können. Von Montag, den 7. d. Mts. ab werden daher die Geschäftsstunden des Amtes Kirchhörde wie folgt festgesetzt: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 8—12 Uhr vormittags und 2.30—6 Uhr nachmittags, Mittwoch und Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Die Abfertigung des Publikums erfolgt innerhalb dieser Zeiten, aber vormittags erst von 9 Uhr ab. Die Dienststunden des Standesamts werden durch diese Aenderung nicht berührt.

Hombruch, 5. April. **Ein kühner Einbruch** wurde in der Nacht im Hause Bahnhofstraße 50 verübt. Die Diebe haben dort mit Ruhe gearbeitet, eine Leiter aus dem Keller geholt, um in einem Zimmer die Gardinen abnehmen zu können; sodann haben sie alle in der unteren Flurgarderobe befindlichen Mäntel, Hüte und Spazierstöcke mitgehen heißen. Auch dem Vorratskeller haben sie einen Besuch abgestattet und das, was sie nicht fortbringen konnten ausgeschüttet und umhergestreut. In dem neu eingerichteten Büro sind sie auch gewesen und haben sämtliche Büromöbel erbrochen. Den zurückgelassenen Spuren nach ist auch ein Kind dabei gewesen. Die Einbrecher haben wahrscheinlich das Kind durch das Abortfenster gehoben, um sich von innen die Türen aufschließen zu lassen.

* **Geisecke**, 7. April. **Freiwillig aus dem Leben geschieden** ist, wie die „Schw. Ztg." meldet, die etwa 40 Jahre alte Frau des Rangiermeisters M. von hier. Nach heftigen Auseinandersetzungen der Eheleute nahm die in kinderloser Ehe lebende Frau Kleesalz zu sich; in sterbendem Zustande wurde die Unglückliche in das evangelische Krankenhaus nach Schwerte geschafft, wo sie kurz nach der Einlieferung verschieden ist.

W **Bochum**, 7. April. **(Betriebsstillegungen.)** Die nachteiligen Folgen des Streiks machen sich immer mehr bemerkbar. Jetzt haben der Bochumer Verein und die Bismarckhütte einen großen Teil der Betriebe stillegen müssen, weil sie keine Kohlen haben. Infolge der eingestellten Gaszufuhr sind auch die Gemeinden Werne und Langendreer ohne Gas.

Bochum, 7. April. **Die Kriminalpolizei verhaftete** in einem hiesigen Hotel einen 16jährigen Jungen, der 14 000 Mark, einen Dolch, einen falschen Bart und einen Revolver bei sich trug. Er war seinen Eltern ausgekniffen, nachdem er sie um 30 000 Mark bestohlen hatte, von denen nur noch 14 000 Mark in seinem Besitz waren.

Osterfeld, 7. April. **(Frecher Raub.)** Einer hiesigen Frau wurden, während sie verreist war, 4000 Mark bares Geld, viele Herren- und Damenkleider, Uhren und Armbänder gestohlen. Als die Frau zurückkehrte, bemerkte sie, wie ein Mann beim Aufschließen der Ladentür von innen einen Riegel vorschob und der Frau mit einem Messer drohte. Auf das Hilfegeschrei der Frau entkam der Einbrecher leider unerkannt.

* **Münster**, 7. April. **(Zum Tode verurteilt.)** Ein Raubmord, der an den Arbeiter Wilhelm Kleinötting aus Essen von dem Arbeiter Heinrich Geins aus Essen verübt wurde, beschäftigte das Schwurgericht. Der Angeklagte hat den Kleinötting, der sich an einer Hamstere beteiligte, im Kaiserforst bei Buldern, wo sich die beiden nach ihrer nächtlichen Ankunft aufhielten, um den neuen Tag abzuwarten, ermordet und beraubt. Das Urteil lautete wegen vollendeten schweren Raubmordes auf Todesstrafe und lebenslänglichen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Lippstadt, 3. April. **(Ein Kampf mit Schleichhändlern.)** In der Ortschaft Drewer lief ein Lastauto aus Herne ein, das mit 70 Zentnern Artikeln beladen war. Als die Ladung eben gegen Lebensmittel ausgewechselt werden sollte, trat ein Hilfsgendarm dazwischen. Er wurde jedoch von den drei Insassen des Autos entwaffnet, mißhandelt und in ein Zimmer eingesperrt, vor dem einer der Leute mit dem Revolver Wache hielt. Inzwischen setzten die beiden anderen in aller Ruhe die Beladung des Autos mit Lebensmitteln fort. Bei der Abfahrt wurde der Hilfsgendarm zwangsweise mitgenommen. Zum Glück hatte die Behörde in Rüthen Wind von der Sache bekommen. Auf dem Göddeschen Hofe in Belecke gelang es mehreren Polizeibeamten und Gendarmen, die die Verfolgung im Auto aufgenommen hatten, den Kraftwagen zu stellen und die Schleichhändler nach kurzem Kampfe zu überwinden, die alsbald dem Amtsgericht in Rüthen zugeführt wurden, während das Auto mit der wertvollen Ladung beschlagnahmt wurde.

Neuhaus, 5. April. **In einer folgenschweren Schießerei** kam es abends hier. Eine Anzahl Personen, Händler und Hausierer, Männer und Frauen, Glieder der weitverzweigten Familie Jennebach, kamen vom Markt zurück und hielten in einer Wirtschaft ein Zechgelage ab, bei dem es sehr laut zuging. Die Teilnehmer sollen Militärpersonen, die abends in die Wirtschaft kamen, belästigt und bedroht haben, was diesen Veranlassung gab, die Wache zu benachrichtigen. Inzwischen verließ auch die Gesellschaft die Wirtschaft und zog der Wache entgegen. Auf der Lippebrücke traf man zusammen. Die Wache suchte den Vorgang friedlich zu schlichten. Die Gegenseite nahm aber eine drohende Haltung ein, und bald ihr aus fiel auch der erste Schuß. Die Wache sah, da die Zivilisten bewaffnet waren, Notwehr als vorliegend an und machte von ihren Waffen Gebrauch. Dabei blieb der Hausierer Arnold Jennebach aus Hameln tot am Platze, der Hausierer Hch. Jennebach aus Elsen wurde so schwer verletzt, daß er sofort nach Einlieferung in das Krankenhaus starb. Durch Lungenschüsse schwerverletzt wurden in das Krankenhaus eingeliefert der Hausierer August Jennebach und eine Frau Franz Jennebach, beide aus Bielefeld. Der Vorgang spielte sich zwischen 8 und 9 Uhr abends ab und brachte unsere Stadt in große Aufregung. Drei der Teilnehmer wurden festgenommen, aber nach ihrem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt.
(„Westf. Volksbl.")

** **Oberhausen**, 4. April. **Große Unterschleife von Zechenprodukten**, besonders Benzol, wurden hier aufgedeckt. Ein Fabrikunternehmen erhielt für 300 000 Mark verbotene Handelsware. Die Produkte sind den Zechen entwendet worden, so daß allem Anschein nach ungetreue Beamte ihre Hand im Spiele hatten. Verhaftungen sind bereits erfolgt.

** **Elberfeld**, 2. April. **Bei den Wahlen zum Arbeiterrat** entfielen auf die Liste der Vereinigten Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände 16 Sitze, auf die Mehrheitssozialisten 12 und auf die Unabhängigen 8 Sitze. In Barmen erhielt die Liste der Vereinigten Angestellten- und Arbeiterverbände 12, die der Beamten und Lehrer 4, der Unabhängigen 8 und der Mehrheitssozialisten 12 Sitze.

Vohwinkel, 8. April. **(Eisenbahnräuber verurteilt.)** Im November und Dezember wurden auf dem hiesigen Verschiebebahnhof fortgesetzt Eisenbahnwagen mit Heeresgut geplündert, in einer Nacht nicht weniger als 60. Die Ermittelung der Räuber wurde dadurch erschwert, daß sie sich mit Schießgeräten bewaffnet hatten und vor den Beraubungen durch anhaltende Schießereien das Bahngelände von unbequemen Aufsichtsbeamten säuberten. Schließlich gelang es, Mitglieder und Angestellte des ehemaligen Vohwinkeler Soldatenrats zu überführen. Die Strafkammer in Elberfeld verurteilte jetzt von den neun Angeklagten zwei zu je sechs Monaten, einen zu 18 Monaten Gefängnis. Gegen einen, der geflohen ist, wurde das Verfahren ausgesetzt. Die übrigen wurden freigesprochen.

Mülheim-Ruhr, 2. April. **Bei den Neuwahlen zum Arbeiterrat** entfielen auf die Liste der unabhängigen Sozialisten und Kommunisten 6265 Stimmen (27 Sitze), auf die Mehrheitssozialisten 2302 Stimmen (10 Sitze), und auf die Liste der Gewerkschaften und Beamtenvereinigung 5303 Stimmen (23 Sitze).

** **Duisburg**, 2. April. **Vor der Strafkammer** fand eine Verhandlung gegen den Kaufmann und Betriebsleiter der Teerverwertungsgesellschaft Eduard Noll, den Wagennotierer Bernhard Klockers, den Kaufmann Andreas Zufelde und den Kraftwagenführer Johann Jalting statt. Die Beweisaufnahme ergab, daß Noll eine Anzahl Kesselwagen Benzol an größere Firmen ohne Wissen seiner Firma verschoben hat. Die einzelnen Provisionen betrugen bis 10 000 Mk.; sein Gesamtgewinn etwa 140 000 Mark. Die übrigen Angeklagten fungierten als Vermittler und erhielten ebenfalls Provisionsgelder, denen dem Klock 30 000 Mk., dem Zufelde 8 00 Mk. und dem Jalting 3000 Mark nachgewiesen wurden. Gegen die Direktion der Teerverwertungsgesellschaft schwebt ein Verfahren wegen Unregelmäßigkeiten in der Erzeugung und im Verkauf. Die Strafkammer verurteilte Nott wegen Urkundenfälschung zu 4 Monaten, Zufelde wegen Beihilfe hierzu zu einem Monat, Klock und Jalting zu zwei und einem Monat Gefängnis. Das Verfahren in einer Anzahl Straftaten mußte wegen der Amnestie eingestellt werden.

W **Düsseldorf**, 7. April. **(Keine Dividende.)** Die Rheinische Metall- und Maschinenfabrik ist infolge der schwierigen Gesamtverhältnisse nicht in der Lage für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende zur Verteilung bringen zu können.

Weitere Nachrichten.

Die politische Lage in Bayern.

(TU) **München**, 7. April. Die Krise ist noch zu keiner Klärung gekommen. Der gestern nachmittag in München versammelt gewesene südbayrische Gautag der Mehrheitssozialisten hat sich entschieden für die Räterepublik ausgesprochen. Die Führer, die dagegen sprachen, wurden einfach desavouiert. Unklar bei der ganzen Bewegung ist die Haltung des Ministeriums. Von den derzeitigen Ministern dürften die Unabhängigen Unterleitner und Simon mit Sicherheit bei der Räterepublik mitmachen. Der Zentralrat will, falls die Räterepublik Tatsache wird, zunächst die diktatorische Gewalt ausüben, dann nach kurzer Frist Volksbeauftragte einsetzen, eine Rote Garde bilden und in wenigen Wochen Neuwahlen für den Rätekongreß der Arbeiter und Bauern vornehmen lassen. Bei diesen Wahlen will man sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß aus den Betrieben die Delegierten gewählt werden sollen. Nicht nur die Soldatenräte der Münchener Garnison haben sich einstimmig für die Räterepublik erklärt, auch aus anderen größeren Städten Bayerns kommen nach der Erklärung eines Kommunisten durch Funksprüche Entschließungen an, denen zufolge man sich auch in diesen Orten geschlossen hinter die Räterepublik stellt. Ebenso soll auch die Stimmung der Bauern und die Stimmung in den kleinen Städten — wenigstens nach den beim Zentralrat eingelaufenen Nachrichten — durchaus für die Räterepublik sein. Man hofft auf ein Zusammengehen mit Württemberg und den anderen süddeutschen Staaten. Die vom Obersten Epp gesammelten Freischaren, die an der thüringischen Grenze stehen, schrecken die Machthaber nach ihren Angaben nicht im geringsten. Auch ist — nach der Bewaffnung des Proletariats und der Bildung einer Roten Garde — mit geringen Truppenmassen schwerlich etwas auszurichten. Es bleibt zweifelhaft, ob die Ausrufung der Räterepublik unblutig sein wird, oder ob nicht ein furchtbares Blutvergießen einsetzt.

Die Arbeiterräte in der Verfassung.

(W) Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen: Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwickelung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betriebs- und Wirtschaftsgebieten gegliedert, gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterrat und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontrolle und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt (diesem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden).

* *

— **(Vor einem Eisenbahnerstreik?)** Ein Teil der Eisenbahnbeamten hat neue Gehaltsforderungen gestellt und droht im Falle ihrer Nichtbewilligung mit dem Streik, der am 10. April beginnen soll. Wie die P. P. N. dazu hören, bestreitet die Regierung entschieden, daß Staatsbeamte in derselben Weise wie Arbeiter zur Erzwingung besserer Einkommensverhältnisse und Dienstbedingungen die Arbeit niederlegen dürfen. Die Beamten sind an den Dienstvertrag gebunden und jede einseitige Dienstverweigerung ist daher ein Dienstvergehen. In jedem Falle könne die Regierung nicht vor der Drohung eines Beamtenstreiks zurückweichen, den sie besonders in der gegenwärtigen Lage Deutschlands geradezu als ein Verbrechen an dem gesamten Volk bezeichnen müßte. Sie ist deshalb entschlossen, einem Eisenbahnbeamtenstreik mit den schärfsten Machtmitteln entgegenzutreten.

— **Eine Wette um das Gewicht einer deutschen Mastgans** hatte Bismarck 1857 als Bundestagsgesandter in Frankfurt am Main mit seinem französischen Kollegen abgeschlossen. Er gewann. Er hatte nur auf 20 Pfund gewettet, konnte aber eine pommersche Bratgans im Gewicht von 23 Pfund vorlegen. Das Pfund dieser Riesengans kostete neun Silbergroschen.

(Milderung der Vorschriften über Anwartschaftsverlust in der Invalidenversicherung.) Nach §§ 1280 ff. der Reichsversicherungsordnung erlischt die Anwartschaft, d. h. alle Rechte auf eine Leistung aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gehen verloren, wenn innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren, von dem Ausstellungstage einer Quittungskarte ab gerechnet, bei Pflichtversicherung oder Weiterversicherung weniger als zwanzig, bei Selbstversicherung oder ihrer Fortsetzung weniger als vierzig Wochenbeiträge entrichtet worden sind. Hieraus haben sich Härten ergeben, wenn die Zahl der insgesamt zurückgelegten Beitragswochen eine verhältnismäßig. Es sollte und nur gerade in der letzten Zeit vor dem Eintritt des Versicherungsfalles die ausreichende Beitragsleistung unterblieben war. Eine Verordnung der Reichsregierung vom 9. Februar 1919 hilft dem ab, indem sie den Anspruch auf Versicherungsleistungen, wenngleich die vorgeschriebenen zwanzig oder vierzig Wochen nicht erfüllt sind, unter der Voraussetzung aufrecht erhält, daß 75 v. H. der in der Zeit vom Eintritt in die Versicherung bis zum Versicherungsfall (Invalidität, Tod, Vollendung des 65. Lebensjahres usw.) verlaufenen Wochen durch Beiträge belegt sind. Sind also in einem Jahre oder in mehreren Jahren über 39 u. U. 40) Marken geklebt, so dient der Ueberschuß zum Ausgleich für andere Jahre, in denen die Zahl 39 (oder 40) nicht erreicht ist.

Kriegsgefangenenhilfe Volksbund (Kriegsschreibstube) Kamen.

W. Wortmann, Wernerstraße	16	5 Mk.
Rektor Rüberg, Klosterstr.		10 "
St. Szymaniak, Günthe		4 "
Fr. Deifuß, Südkamen		5 "
Frau Schenkmann, Ulmenplatz	8	5 "
N. N., Weststr.	81	5 "
H. Brinkmann, Dunklestr.	14	5 "
N. N., Oberaden	130	10 "
Paul Böhm, Bergkamen, Kirdorfstr.	12	3 "
Hermann Böhm, Ostenmauer		2 "
Karl Stoewe, Oberaden, Schulstr.		5 "
Adolf Winde, Ostenmauer	5	10 "
Kreutzer, Weddinghofen		10 "
August Küper, Lerche		4 "
		83 Mk.

Evangelische Kirchengemeinde Kamen.

Passionsgottesdienste: Mittwoch, 9. April, abends 8 Uhr. — Pauluskirche: Pastor Philipps. — Lutherkirche: Pastor Ewald.

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung. Lebensgang, Lebensarbeit, Lebensziele ihrer Mitglieder nach eigenen Mitteilungen und mit Bildnissen. Herausgegeben unter Obhut des Deutschen Wohlfahrtsbundes von Prof. Dr. jur. Georg Maas, Bibliothekar des Reichsmilitärgerichts. Charlottenburg 1919, Paul Baumann. Preis 3 Mk. — Ein Buch für jeden Zeitungsleser, für jede erwachsene Person im Deutschen Reiche. Denn wer sollte nicht Verlangen tragen, die Männer und Frauen kennen zu lernen, welche die Gesamtheit des deutschen Volkes auf Grund der freiesten aller demokratischen Wahlsysteme erkoren hat, den Bau der deutschen Republik und unseres gesamten neuen Wirtschaftslebens zu schaffen. Neben der Aufzeichnung des Lebenslaufs und der Lebensarbeit der Abgeordneten finden wir hier eine große Reihe wertvoller Daten; es werden die Partei, der Wahlkreis, das Geburtsdatum, der Beruf, die Schriften und Lebensziele jedes einzelnen Mitgliedes der Nationalversammlung mitgeteilt. — Endlich enthält das Buch wertvolles statistisches Material: die Wahlkreiseinteilung, die Ergebnisse der Wahlen, die Verhältniszahlen der Parteien, Uebersichtstabellen, den Beruf und die bisherige parlamentarische Tätigkeit der Mitglieder betreffend und dergleichen mehr.

Bekanntmachung!

Frühjahrs-Neuheiten,
Mäntel, Blusen,
Röcke, Damenhüte

sind eingetroffen. Wegen Umzug stellen wir die Waren in unseren Schaufenstern nicht aus und bitten um zwanglose Besichtigung in unserem Geschäftslokal.

Gebr. Kell, Kamen.
1337 **Bahnhofstr. 7.**

Infolge Kohlenmangels wird bis auf weiteres die Gasabgabe in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends eingestellt.

Zur Verhütung von Unglücksfällen sind in der Sperrzeit die Gashauptähne zu schließen.

Kamen, den 7. April 1919.

Der Arbeiterrat: Strelinski.
Die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke: Dr. Wiesner. 1392

Bekanntmachung.

Die aus Polen nach Preußen einwandernden Personen werden zur Vermeidung der Einschleppung von Seuchen an den Grenzübergängen ärztlich auf ihren Gesundheitszustand untersucht und der Schutzimpfung gegen Pocken unterzogen werden.

Die gesund befundenen Personen und ihre Angehörigen sind alsdann an ihren Arbeitsorten über den Erfolg der an der Grenze ausgeführten Schutzimpfung erneut zu untersuchen und weitere drei Wochen auf ihren Gesundheitszustand zu beobachten.

Den Arbeitgebern, insbesondere Landwirten, wird die Verpflichtung auferlegt, jeden Zugang an Arbeitern aus dem Osten sofort auf dem Einwohnermeldeamt, Kirchstraße Nr. 5, anzumelden.

Auf die Befolgung dieser Maßnahme, die im Interesse des ganzen Volkes liegt, wird nachdrücklichst hingewiesen. 1380

Kamen, den 4. April 1919.

Der Arbeiterrat: Strelinski. **Der Bürgermeister:** Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Das Kriegswirtschaftsamt III der Stadt Dortmund teilt mit:

In der Zeit vom 5. bis 13. April sollen die erst für die Zeit vom 12. bis 20. April gültigen Brotscheine der Stadt Dortmund Nr. 16 zum Broteinkauf verwendet werden. Welche Lebensmittelkarten zum Broteinkauf in der Zeit vom 12. bis 20. April bestimmt werden, wird noch bekanntgegeben.

Die Brotscheine Nr. 13 sind weiter aufzubewahren, da ihr Aufruf für eine der nächsten Wochen vorgesehen ist.

Die Brotscheine S., SS., U., F. und K. werden von dieser Maßnahme nicht berührt, sondern behalten, wie bisher, für die durch Aufdruck bezeichnete Zeit ihre Gültigkeit.

*

Veröffentlicht.

Hamm, den 3. April 1919.

Der Landrat. J. V.: gez. v. Winterfeld.



Heute morgen 11 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser innigstgeliebter, einziger Sohn und Bruder

Telegraphengehilfe

Heinrich Klöter

Inhaber des Eisernen Kreuzes

im eben vollendeten 21. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Familie H. Klöter.

Kamen, den 7. April 1919.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Burgstrasse 11, aus statt. 1394

Damen- und Herrenhüte
werden schnell u. billig umgearbeitet u. gepreßt.
1389 **Gebr. Kell, Kamen, Bahnhofstrasse 7.**

Vorbereitungsanstalt zu Bückeburg.
— Unter staatlicher Aufsicht. —
Zur Auskunftserteilung bin ich wieder von Sonnabend, den 5., bis Donnerstag, den 10. April, täglich von 11—1 und 4—6 Uhr, im Hotel „Römischer Kaiser" zu Dortmund zu sprechen. 1218
Direktor Dr. Velthaus

Aufruf.

Gemäß Befehl der 3. Landesschutzbrigade mache ich die Bevölkerung unter Hinweis auf die hohe Strafe bei Nichtablieferung der Waffen darauf aufmerksam, dieselben bis zum 9. ds. Mts. abzugeben, da jederzeit eine Hausdurchsuchung seitens des Militärs möglich ist. Diejenigen Besitzer, die zweckmäßig zu ihrer Verteidigung Waffen haben müssen, desgleichen Angehörige der Landeswehr wollen sich umgehend Ausweise besorgen. 1393

Overberge, 7. April 1919.

Der Gemeinde-Vorsteher: Brinkmann.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg ist die Frist zur Abgabe der Waffen bis zum 15. April 1919 verlängert worden. Die Einwohner des Landkreises werden hierdurch aufgefordert, sämtliche noch etwa im Besitze befindlichen Gewehre, Karabiner, Pistolen und Munition — ausgenommen diejenigen Einwohner, die im Besitze eines Waffenscheins sind — spätestens bis zum 15. April d. Js. durch Vermittelung der Gemeindevorstände an die Polizeibehörde — Bürgermeister und Amtmänner — abzuliefern.

Nach Ablauf der Frist wird gegen Zuwiderhandlungen mit Strafverfahren vorgegangen. 1389

Hamm (Westf.), den 5. April 1919.

Der Landrat: J. V.: v. Winterfeld.

Bekanntmachung.

Nachdem die Anträge betr. **Mieteinigungsamt** höheren Orts genehmigt worden sind, hat dieses seine Tätigkeit nunmehr aufgenommen. Vorsitzender ist **Bürgermeister Dr. Wiesner**, stellv. Vorsitzender **Amtsgerichtsrat Kneer.**

Beisitzer aus dem Kreise der Hausbesitzer:
Kaufmann Heinrich Jacoby,
Wirt Wilhelm Debus.

Beisitzer aus dem Kreise der Mieter:
Rektor a. D. Aug. Siegler,
Bergmann Anton Neumann.

Kamen, den 5. April 1919. (1377

Das Mieteinigungsamt für die Stadt Kamen:
gez. Dr. Wiesner, Vorsitzender.

Ordentlicher Mann sucht Kost und
Logis.
Offerten unter **E. F. 1384** an die Gesch.

Garten
in od. Nähe der Stadt zu kaufen gesucht.
Angeb. unt. **A. B. 1000** an die Gesch.

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn H. Biermann ausgesprochen haben soll, nehme ich zurück.
1378 **Frau Bacholt.**

Tinte in nur neuen Sorten :: Hamm'scher Zeitung

Lehrling
für Büro zum sofortigen Eintritt gesucht. 1364
Rechtsanwalt Gisthoff.
Rottumerstr. 5.

Suche für sofort tüchtiges, ehrliches
Mädchen
für Küche und Hausarbeit. 1388
Frau Schnickmann, Kaiserau-Kurl.

Mädchen
nicht unter 17 Jahren, welches kinderlieb ist, zu einem 1 jährigen Kinde z. 1. Mai gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kam. Zeitung. 1363

Habe eine 1362
Zieh-Kuh
zu verkaufen.
Paschheide-Methler 95

Ein Fuder 1369
Strohdünger
zu verkaufen.
Bergkamen,
Landwehrstr. 199

Neuer 1367
Herren-Anzug
Friedensware) mittlere Größe, zu verkaufen.
Husen, Wilhelmstr. 57.



Ein Hof
von ca. 50—80 Morgen groß mit guten Gebäuden zu kaufen oder zu pachten gesucht.
Angeb. unt. N. 1346 an die Geschst. d. Ztg.

Wir suchen verkäufl. Häuser
an belieb. Plätzen, mit und ohne Geschäft, behufs Unterbreit. an vorbemerkte Käufer. Besuch durch uns kostenlos. Nur Angebote von Selbsteigentümern erw. a. d. Verl. d
Vermiet- u. Verkaufszentrale
Geschäftsst. Hannover, Roonstr. 17.

Warnung!
Haben in unsere Gärten dauernd
† Gift †
gelegt 1379
A. Schamberg, J. Glaß, J. Sapendowski,
Overberge 174.

Mutterberatung

Dienstag, den 15. April nachm. 2 Uhr beginnend, findet Mutter-Beratung statt im Wohlfahrtsgebäude der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft am Klosterweg. Die Mütter haben ihre Säuglinge und ein Kinder-tuch für die Wage mitzubringen.

Ansteckende Krankheiten und Keuchhusten sind von der Beratung ausgeschlossen.

Vaterländ. Frauen-Verein für Kamen.

Mobiliar-Verkauf Kamen.

Freitag, d. 11. d. M. morg. 9 Uhr, habe Unterzeichnete für verschiedene Interessenten folgende Gegenstände als:

1 Bettstelle m. Sohlen, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Unter-, Oberbett u. 2 Kissen, 1 Ledersofa, 2 kleine Tische, 1 Waschtisch, Küchentisch, 6 Stühle, 2 Glasschränke, 1 Anrichte, 1 Pult, 1 Spiegel, 3 Garderobenhalter, 3 Postamente, 1 Wandbrett, 1 Gartenblumenbank, 1 Stehleiter, 1 Kinderwagen, 1 Papageikäfig, 1 Hänge-, 1 Klavier-, 2 Küchenlampen, 1 Tafelaufsatz, 1 Teppich, 1 Gehrockanzug, 1 Herrenüberzieher, 1 schw. Damenmantel, 1 Damenmäntelstoff, 1 Partie Kragen usw. im Lokale des Wirtes Leonh. Rieder am Markt hier öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zu verkaufen.

Kamen. 1381
Reinhard, Gerdts
Auktionator

Alle
Bürsten-waren
Bindfaden
(Hanf u. Papier)
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
Carl Müller,
Kamen.
1209

Frisch eingetroffen!
Feldsämereien, Gartensämereien, Geflügelfutter.
Arnold Wiemer,
Fernruf 6. 1381

Weißkalk, Düngerkalk, Sack-Kalk und Zement
eingetroffen. 1382
J. Pelgers, Lünenerstr. am Betriebsbahnhof.

Wohnhaus
mit Gartenland und Obstbäumen in Südkamen zu verkaufen. 1383
Näheres
Weststraße 56.

1 Schwein,
6 Monate alt, und
Strohdünger 1390
zu verkaufen.
Zu erfr. in der Geschäftsst.